

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

- Pressfestimmungen zur Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges.
Die Stellung der Wirtschaftsreise Polens zur deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlung.
Die deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen und die Sportinteressen der polnischen Weibssport.
Polnische Pressfestimmungen zum Aufenthalt der britischen Wirtschaftsdelegation in Polen.
Polen und das französische Kapital.
Die Rolle des Auslandskapitals in Polen.

Pressfestimmungen zur Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges.

Bei der Erörterung des Protokolls vom 7. 3. 1934 begnügt sich die Regierung insbesondere die Presse meistens mit einer inhaltlichen Wiedergabe der nachfolgenden Erklärung, die das maßgebende Regierungsorgan, die „Gazeta Polska“, veröffentlicht hat:

... Ausdruck der Beendigung des Zollkrieges wird auf deutscher Seite die Beseitigung des „Obertarifs“... auf polnischer Seite die Aufhebung der Maximalzölle und der anti-deutschen Einfuhrverbote sein. Ferner gewährt Deutschland Polen das Recht des Transits polnischer Tierzuchtprodukte durch deutsches Gebiet (hierfür wird ein besonderes Transitabkommen nach dem Muster bestehender Verträge dieser Art geschlossen) und verpflichtet sich, Bewilligungen für die Eisenschrottausfuhr nach Polen zu erteilen.

Das Abkommen wird ferner durch ein Kontingentabkommen ergänzt werden. Es wird für unbegrenzte Zeit geschlossen, doch hat jede Seite das Recht, Eintritt in sofortige Verhandlungen über seine Änderung... zu fordern. Das Abkommen unterliegt der Ratifikation, kann aber... provisorisch zur Anwendung kommen...

Gleichzeitig mit diesem Abkommen werden privatrechtliche Vereinbarungen geschlossen: ein Schiffsfahrtsabkommen und eine Verständigung über den Export polnischer Hüttenprodukte nach Deutschland. Die erste dieser Vereinbarungen wurde infolge der Aufhebung des sogenannten „Schiffsfahrtsrundschriftens“ notwendig. Da im Zusammenhang mit der Aufhebung dieses Rundschriftens eine Steigerung der Umsätze zwischen den deutschen und polnischen Häfen auf Kosten einer gewissen Schwächung der Umsätze der polnischen Häfen... zu erwarten ist, mußte man einen gewissen Anteil an der Steigerung der ersten genannten Umsätze der polnischen Schifffahrt sichern. Die zwischen der „Żegluga Polska“ A.G. und den vier deutschen Linien, die eine regelmäßige Verbindung zwischen Danzig-Gdingen und den deutschen Häfen unterhielten, getroffene Vereinbarung sieht Teilung der Ladungen... nach einem bestimmten Schlüssel vor. Bei einem Jahresumsatz von nicht weniger als 100 000 (ein solcher Mindestumsatz ist vorzusehen) fallen der polnischen Linie 50% der Ladungen zu...

Die zweite privatwirtschaftliche Vereinbarung wurde zwischen der polnischen und der deutschen Eisenindustrie geschlossen. Sie sieht ein Exportkontingent von 42 000 t für polnisches Eisen, sowie ein entsprechendes Kontingent für Edelstahl vor und enthält gleichzeitig ein Kontingent von deutschem Eisenschrott für die polnischen Hütten¹⁾.

Das ist in allgemeinen Umrissen der Inhalt der deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung. Welche Rolle wird sie in den Handelsbeziehungen der beiden Länder spielen? Man muß betonen, daß diese Verständigung noch kein Handelsvertrag, sondern... erst der Rückzug von der „Kriegs“- zur „Waffenstillstands“-stellung ist, also ein Zustand, der... als „Normalisierung der Beziehungen“ charakterisiert worden ist.

Zu betonen ist, daß... beide Parteien darin einig waren, im ersten Stadium der Verständigung nicht zu weitreichende Maßnahmen zu treffen. Denn erst die Erfahrung bietet die Möglichkeit, den weiteren Ausbau der gegenseitigen Beziehungen zu beurteilen.

Wir brauchen hier nicht zu erwähnen, wieviel Beweise seines Willens zur Beendigung des schon so lange andauernden „Zollkrieges“ Polen geliefert hat. Die... Rückkehr zum Normalzustand ist also mit Befriedigung zu begrüßen; deutsche Pressstimmen bezeugen, daß diese Befriedigung auch auf der anderen Seite der Grenze vorhanden ist.

Welches werden die praktischen Folgen dieser Verständigung sein? Nach maßgeblichen Informationen ist eine Steigerung der gegenseitigen Umsätze um 20–30% zu erwarten... Es ist anzunehmen, daß die Einfuhr von Schmitzholz, Naphtha und Butter nach Deutschland steigen wird.

¹⁾ Über dieses Abkommen, dessen Inhalt mehrfach ohne Wiedergabe wiedergegeben wird („Wirtschafts Kurier Godynienn“ Nr. 70, 11. 3. 1934; „Godynienn Gazeta Sandbiona“ Nr. 49, 1. 3.; 51, 3. 3. 1934) urteilt die Regierungsstelle:

... wie ersichtlich, hat Deutschland grundsätzlich die Postulate der polnischen Hütten betr. Reservierung des Binnenmarktes für die einheimischen Hütten anerkannt, wobei der außerordentlich wichtige Saldierungsgrundsatz eingeführt wurde. Dieser Vertrag ist für Polen günstig, da er dem polnischen Eisen eine Ausfuhrmöglichkeit in Höhe von 30–40 000 t jährlich eröffnet, was bei den heutigen Preisen einen Wert von 7–8 Millionen Zloty darstellt. („Gazeta Polska“ Nr. 70, 11. 3. 1934.)

²⁾ Nach den Angaben des Abteilungsleiters Roman bei einer Presskonferenz des polnischen Außenministeriums („Kurier Dymnarski“ Nr. 8, 3. 1934; „Gazeta Warszawska“ Nr. 60, 6. 3. 1934; „Kurier Dymnarski“ Nr. 103, 6. 3. 1934; „Wirtschafts Kurier Godynienn“ Nr. 67, 8. 3. 1934) müßen

„im allgemeinen die gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland um 25–30% steigen. Das ist der am meisten erwünschte Satz, denn... sollten die Umsätze um 50–60% steigen, so könnte das zu unerwünschten Wirtschaftsschwüchungen führen.“

Dadurch erklärt sich auch, daß in dem Abkommen der Export von Kohle und versch. anderen Agrarprodukten nicht besprochen wurde. Denn die Opfer müßen zu hoch sein, hohe gegenseitige Leistungen müßten diese bedeutende Steigerung der Umsätze bewirken, was für die Nationalwirtschaften beider Länder zunächst unerwünscht ist. („Wirtschafts Kurier Godynienn“ Nr. 67, 8. 3. 1934.)

Zu diesen Erklärungen betont die oppositionelle „Polonia“, daß die Landwirtschaft keine größeren Hoffnungen auf eine Steigerung ihres Absatzes nach Deutschland hegen dürfe (Nr. 3378, 6. 3. 1934; Nr. 3381, 11. 3. 1934), vor allem aber zu erheblichen Mängeln, daß es nicht gelungen sei, ein Kohlenkontingent (wie ursprünglich gemeint von 150 000 t monatlich) von Deutschland zu erhalten (Nr. 3378, 3. 3. 1934; Nr. 3374, 4. 3. 1934).

Die allgemeine Bedeutung des abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens liegt natürlich in der Wiederherstellung der Konkurrenzbedingungen in den Handelsumsätzen zwischen den beiden Staaten. . . . Bisher nämlich konnte dieses Konkurrenzverhältnis wegen der Prohibitivzölle und der Einfuhrverbote keine Rolle spielen. („Czasztwa Polska“ Nr. 65, 6. 3. 1934.)

Eine andere, der Regierung nahestehende Zeitung, erklärt: Das Abkommen ist

„kein Handelsvertrag, den wir wahrscheinlich sobald nicht erleben werden, Es besitzet nur alle Kampfbestimmungen. . . . Wir kehren also zum Normalzustand zurück. . . . wie gegenüber allen Staaten, mit denen wir noch keinen Handelsvertrag abgeschlossen haben. . . .“

Trotz des Zollkrieges haben wir gegenüber Deutschland stets eine passive Handelsbilanz. . . . man kann also die Furcht all derer verstehen, die vor der Expansion deutscher Waren nach Polen zittern. Diese Befürchtungen sind nach unserer Ansicht grundlos. Denn der Mechanismus der Kontingente kann man so regulieren, daß die deutsche Konkurrenz unserem Wirtschaftsleben nicht größeren Schaden bringt, nicht bringen darf. Wir betonen ausdrücklich — nicht darf, sagen nicht — nicht bringt. Denn es wird sehr viel von unserer Industrie abhängen, die bei der Fernhaltung der deutschen Konkurrenz bisher in einer Treibhausatmosphäre lebte. Jetzt hat sie sowohl hinsichtlich der Solidität der Lieferung als auch der Kalkulation der Preise eine harte Konkurrenzprüfung zu bestehen. . . . Ernsthaft kann man die deutsche Konkurrenz wegen ihrer Kreditfähigkeit fürchten: unsere maßgebenden Faktoren müssen sich also mit der Verbesserung der — in letzter Zeit sehr beschränkten — Kreditmöglichkeiten in Handel und Industrie Polens befassen.

Was können wir bei dem Zollwaffenstillstand mit Deutschland gewinnen? . . . Für Polen hatten die Beziehungen zu Deutschland Bedeutung vor allem wegen der Möglichkeit, auf dem deutschen Markt Agrarprodukte unterzubringen, obwohl auch der Absatz von Kohle, Naphtha und Holz für uns wichtig ist. Den polnischen Agrarexport hemmten in Deutschland die Großararier, Den preußischen Junkern vor allem ist die Nichtratifizierung des polnisch-deutschen Handelsvertrages von 1930 durch das Reich zuschreiben. Wird jetzt Berlin weniger mit ihrer Stimme rechnen? Wir werden sehen. Vorläufig hat der letzte Vertrag die Möglichkeiten für den Absatz polnischer Butter in Deutschland gesteigert und die Möglichkeit ungehinderten Transits polnischer Viehzuchtprodukte nach dem Westen eröffnet. Verschiedene Exportfirmen im Posener Gebiet, die z. B. Paris oder das Saargebiet mit Fleisch versorgen, atmen auf. . . .“

Es darf der deutschen Regierung nicht schwer fallen, Polens Importmöglichkeiten nach Deutschland zu steigern, beträgt doch Polens Import kaum 1% der deutschen Außenhandelsumsätze, während Deutschland rund 18% des gesamten polnischen Imports stellt. . . . Im Zollkrieg mit Deutschland haben wir wenig verloren. Unsere Industrie hat ihre Kräfte gesteigert, der Kaufmann hat gelernt, mit anderen Handelszentren zu arbeiten; wir haben Gdینگen ausgebaut und uns vom deutschen Markt, mit dem wir recht einseitig verbunden waren, befreit. Man kann sich also nicht wundern, daß wir vorsichtig rechnen wollen. . . . („Dziennik Późnani“ Nr. 58, 11. 3. 1934.)

Und nun die Darstellung des Abkommens in der amtlichen Wirtschaftspresseschrift, in der nach Wiedergabe der wichtigsten Bestimmungen des Protokolls erklärt wird:

„. . . mit der Aufhebung des deutschen Obertarifs erlangt Polen für alle bisher diesem Tarif unterliegenden Waren die Möglichkeit freien Einkangs auf den deutschen Markt. . . . Sofern es sich um die praktische Ausnutzung dieser Möglichkeiten handelt, ist eine Steigerung unseres Exports nach Deutschland vor allem zu erwarten bei Hüttenprodukten, Schmittholz, einigen Holzfabrikaten, Naphtha- und chemischen Produkten. Für die uns sehr wichtigen Agrarartikel, die bisher von dem Oberarif erfaßt wurden (Getreide, Mühlenfabrikate, Kartoffelfabrikate, die meisten Holzfabrikate) sind

die Möglichkeiten für einen Aufschwung unseres Exports nach Deutschland — wegen der allgemeinen, der Antarkie zustrebenden Agrarpolitik Deutschlands — sehr gering. Daraus sichert der Vertrag gebührende Beachtung der Interessen Polens. . . . bei der Einfuhr polnischer Butter nach Deutschland.“

Nach Wiedergabe der Bestimmungen des Hütten- und Schiff-fabrikatkontingents, sowie der Vereinbarungen über die Erleichterung des Transits wird schließlich festgestellt:

„Eine Beurteilung. . . der Verständigung vom 7. 3. 1934 ist vielleicht schwieriger als die irgendeines anderen Handelsabkommens. Zweifellos entfernt die Beseitigung des Obertarifs und der polnischen Kampfverordnungen im gegenseitigen Warenaustausch ein Hindernis von bedeutender Tragweite, was zweifellos auf. . . eine Belebung des Austausches hinwirken muß. Genauere Berechnungen aber werden durch die Tatsache erschwert, daß neun Jahre lang der Austausch zwischen den beiden Ländern unter anormalen Bedingungen vor sich ging. In dieser Zeit wurde in Deutschland. . . ein weites und sehr wirksam arbeitendes System von Einfuhrbeschränkungen für Agrarprodukte aufgebaut. . . . hat Polen unter dem Druck der Krise notwendigerweise das System der Importregulierung, das uns gegen die Passivität der Handelsbilanz sichert, ausgebaut. Trotz der Aufhebung der Ausnahmeverordnungen wird der polnisch-deutsche Warenverkehr unter Bedingungen vor sich gehen, die sich ganz radikal von dem Stande vor 1925 unterscheiden. Dieses Moment. . . bewirkt, daß die Dynamik der Beziehungen sich ganz anders gestalten muß.

Ein Moment. . . muß uns besonders interessieren: in der Zeit des Zollkrieges (ob durch den Zollkrieg oder durch die organische Entwicklung der polnischen Nationalwirtschaft bei günstiger Mitwirkung des Zollkrieges, ist minder wichtig!) hat Polens wirtschaftliche Aktivität verschiedentlich neue Formen gefunden, neue Gebiete geschaffen. Beim Auslandsausatz. . . denken wir an das Hinausgehen über den Bereich der an Polen grenzenden Länder und die direkt damit verbundene. . . Entstehung Gdینگen, bei den inneren Problemen. . . an die Entstehung bzw. Fortentwicklung verschiedener Zweige der verarbeitenden Industrie. Hier ist festzustellen, daß sowohl die neuen Bedingungen des Außenhandels als auch die Erstarkung und Organisation der neuen Produktionsstätten die Grundlagen zu weiterer Arbeit und Entwicklung bieten.

„. . . Endlich möchten wir feststellen, daß neben den rationalen Faktoren in den Wirtschaftsproblemen auch Imponderabilien existieren, deren Bedeutung ebenfalls berücksichtigt werden muß. Eine solche unwägbare, trotzdem aber höchst wichtige Erscheinung. . . ist die Beseitigung der Zollanomalie selbst. Mit diesem Augenblick treten der polnisch-deutsche Warenaustausch und überhaupt die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen in die Normalatmosphäre, die im Wirtschaftsleben Vorbedingung jeden Fortschritts ist.“ („Polska Gospodarcza“, 1934, Nr. 10 (10. 3. 1934) S. 295—297.)

Gegen diese offiziöse Verteidigung des Abkommens hat die Oppositionspressse wiederholt das Wort ergriffen und 3. 3. gegen die These von der „Normalisierung“ der polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, die wiederholt als Hauptkennzeichen des Abkommens bezeichnet wurde (f. oben, u. a. auch in der von hohen Beamten herausgegebenen Zeitschrift „Gospodarka Narodowa“ Nr. 6 (15. 3. 1934), S. 81—84), erklärt:

„. . . Wir können nicht leugnen, daß. . . in den ersten Jahren des Kampfes ein unmittelbares, dringendes Interesse rein wirtschaftlicher Natur uns veranlaßte, die Verständigung mit dem Nachbarn zu suchen, dessen Markt das natürliche Absatzgebiet, besonders unserer Westprovinzen war, und an dessen Waren-bekannter und anerkannter Güte wir gewöhnt waren. Im Lauf der Zeit aber erfuhr diese Erwägungen eine beachtliche Entwicklung, die verstärkt wurde durch die Erkenntnis von dem politischen Grund der Rücksichtslosigkeit, mit der Deutschland, ungeachtet seiner hohen materiellen Verluste. . . den Wirtschaftskrieg mit uns konsequent verschärfte. Deutschlands offenes Streben, die uns bereiteten Wirtschafts-

schwierigkeiten politisch auszuwerten, stärkte in hervorragendem Maße unsere Energie, schuf erstmalig im widerstandenen Polen . . . wirtschaftlichen Patriotismus . . .

Die Rolle, die der fast 10jährige Zollkrieg in dem Prozeß der Vereinheitlichung unserer Nationalwirtschaft gespielt hat, wird später einmal gebührend beurteilt werden. Heute können wir schon ohne Übertreibung sagen, daß sie ungeluehrt war. Und da das Verständnis dafür . . . immer allgemeiner geworden ist, ist das in der ersten Kampeizit dringliche Wirtschaftsinteresse seit langem erheblich schwächer geworden.

Geographisch gesehen, hat sich die polnische Wirtschaft um 90° gedreht, hat sich die Westküste nach Norden verschoben. Wohl kein politisches Ereignis hat in solchem Maße zur Realisierung unseres Zugangs zum Meere beigetragen wie gerade die Schließung der deutschen Grenze für die polnischen Produkte.

Unabhängig davon hat fast jeder Zweig unserer Produktion die wohlthätigen Folgen der Ausschließung der deutschen Konkurrenz verspürt . . . verschiedene Zweige, vor allem die Schiffahrt, verdanken ihr überhaupt die Existenz.

Die Verständigung trägt nun ein ganz neues Element in diese Lage hinein . . .

Während der 1930 vereinbarte Vertrag nie in Kraft getreten ist, sei anzuempfehlen, daß

„diesmal das Abkommen in Kraft treten wird. Aber es wird keine „Normalisierung der Beziehungen“ sein, wie jetzt recht allgemein erklärt wird. Vor allem ist das Abkommen inhaltlich so begrenzt, daß seine Folgen höchstwahrscheinlich bescheiden sein werden.“

Sollten aber die Grundlagen der Verständigung erweitert werden, so wird auch dann von Normalisierung nicht die Rede sein können, einfach, weil unsere normalen Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland bisher auf . . . Kampfmaßnahmen des Reiches und unsererseits gewöhnlich etwas verspäteten Gegenaktionen beruhen.

Fast $\frac{3}{4}$ der ganzen Zeit unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit sind in solchen Ringen vergangen. Die vorhergehende Zeit, die Zeit der Teilgebietswirtschaft, erlaubt keine Beurteilung dessen, was eine Verständigung mit Deutschland uns bieten kann, Eins ist sicher: sie wird keine . . . Normalisierung, worunter allein die Rückkehr zu bekannten, seit langem festgelegten Gewohnheiten verstanden werden kann, sein. Ganz im Gegenteil! Nach fast 10 Jahren der Arbeit mit Methoden, an die wir uns gewöhnt und . . . durchaus erfolgreich . . . angepaßt haben, die aber u. a. auf der festen Mauer der Westgrenze beruhten, treten wir jetzt anscheinend in eine Zeit ein, deren wesentlichstes Element der direkte Kampf mit der deutschen Konkurrenz sein wird.

Wir sind keineswegs Freunde von Drahtverhauen an der Grenze, sind aber der Ansicht, daß besonders dort, wo wir sie nicht aus eigenem Willen errichten mußten, muß man sie langsam, vorsichtig entfernen muß. Und uns scheint, daß man zur Beziehung dieser immerhin gefahrlosen Tätigkeit nicht vieldeutliche, verschwommene und leere Worte verwenden darf.

Wenn das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland Wirklichkeit wird, müssen wir uns sagen: Das ist keine Normalisierung! Wir gehen Neuem, offen gesagt: neuen Schwierigkeiten entgegen!“ („Kurjer Warszawski“ Nr. 65, 7. 3. 1934.)

Dieselbe Zeitung hat das Abkommen bei anderer Gelegenheit trotz aller Kritik weit günstiger beurteilt, nämlich trotz seines „^{offiziell} negativen Charakters“ als einen

„Akt positiven Schaffens. . . Der jetzige Wirtschaftskrieg scheint die Gesamtheit der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland zu regulieren, ohne die für uns kostspieligen Kompensationen mit sich zu bringen, die der Vertrag von 1930 eingeführt hatte. Es ist natürlich schwierig vorauszu-sehen, welches das Ergebnis der Verständigung sein wird; sie ist in hohem Grade ein Experiment, über dessen Nutzen bald die Praxis ihr Urteil abgeben wird. In jedem Falle wird sie zu einer gewissen Steigerung des Exports von Naphtha, Holz und Viehzuchtprodukten beitragen. Die Re-

gierung berechnet, daß diese Steigerung im allgemeinen . . . 25–30 % betragen wird. . . Wie die wirtschaftliche Verständigung sich auswirken wird, hängt von der wirtschaftlichen Initiative ab, die beiden Volksgemeinschaften überlassen wurde. Die Regierungen hören bloß auf, diesen Austausch zu erschweren. Die Rolle der positiven Organisation des Austausches fällt den speziellen Organen der Wirtschaft zu: der polnisch-deutschen Handelskammer in Warschau und der deutsch-polnischen Handelskammer in Berlin, die bald gebildet werden müssen.“ („Kurjer Warszawski“ Nr. 64, 6. 3. 1934.)

Das Organ Korontops („Polonia“-Kattowitz) hat in wiederholten Meldungen die geringen Aussichten des polnischen Exports nach Deutschland betont (vergl. Anmerkung 2), um dadurch die schon vor Unterzeichnung des Abkommens geäußerte Ansicht zu bekräftigen,

„daß — abgesehen von dem Eisenabkommen, das übrigens schlechter ist als das Abkommen von 1929 — vor allem Deutschland den Nutzen haben wird, denn . . . es verringern sich sofort eine Reihe von Zollsätzen für die aus Deutschland eingeführten Waren. Natürlich könnte man bei entsprechender Kontingentspolitik die Welle des deutschen Industrie-Imports etwas hemmen. Trotzdem öffnet die Aufhebung der Verschärfungen aus der Zeit des Zollkrieges dem deutschen Handel die Grenzen weiter als es bisher der Fall war. Andererseits erweitert sich der Rahmen des polnischen Exports überhaupt nicht, da die deutsche Kontingentspolitik . . . verstanden hat, die agrarische Einfuhr aus Ost- und Mitteleuropa fast gänzlich zu verhindern. Daher hat man bei den polnisch-deutschen Verhandlungen von Gesprächen über dieses Thema überhaupt abgesehen. Und alles spricht dafür, daß mit der Frage der Kohlenkontingente ähnlich verfahren worden ist . . . Jedenfalls zieht aus der Einstellung des Zollkrieges Polen . . . weniger Vorteile als Deutschland.“

Vielleicht aber kann das Abkommen der Schifffahrtslinien oder Transferleichterungen . . . kompensieren, was wir Deutschland gewähren? Hierüber darf man nun nicht die mindesten Täuschungen hegen, denn es ist klar, daß der Vertrag der Schifffahrtslinien das Ziel verfolgt, dahin zu wirken, daß ein Teil der zur See nach Polen kommenden Waren in Hamburg auf die schon in Betrieb genommene Linie Gdingen—Hamburg umgeladen werden soll . . . Auf diese Weise wird Hamburg einer der Hauptumladehäfen für Gdingen, was die Rolle unseres Hafens im internationalen Seeverkehr keineswegs verstärkt . . .

Handelt es sich endlich um die deutschen Transferleichterungen, so haben sie vor allem das Interesse — Hamburgs im Auge. . . Man muß sich klar darüber sein, daß die Ware, die über Hamburg geht, deutschen Bahnen und Häfen Verdienst schafft; damit verlieren diesen Verdienst . . . unsere Häfen, unsere Bahnen . . .

So erscheint die Bilanz der Möglichkeiten, die uns die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland eröffnen können. Jeder wird zugeben, daß das keine positive Bilanz ist.“ („Polonia“ Nr. 3370, 28. 2. 1934.)

Bedeutlich erhebt sich noch die Kritik, die der nationaldemokratische „Kurjer Polnoński“ an dem Abkommen geübt hat. Darin heißt es u. a.:

„Unter dem Schutz der Verordnungen, die die Beschränkung der Wareneinfuhr aus Deutschland . . . bezweckten, entwickelte sich bei uns in erheblichem Maße die einheimische verarbeitende Industrie. Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß sich gerade dank des Zollkrieges mit Deutschland Gdingen, unser Fenster zur Welt, prächtig entwickelt hat. Die ungeheure Mehrheit unseres Außenhandels benutzt heute den Seeweg. Diese Tatsachen sind zweifellos ein Aktivposten in der Bilanz des Zollkrieges mit Deutschland. Ein ungünstiger Posten dagegen war vor allem die Behinderung unseres Agrar- und Rohstoffexports . . . nach dem nächsten und bequemsten Markt. Aber im Laufe der Zeit wurden diese Verluste in erheblichem Maße durch die Erlangung neuer Absatzmärkte ausgeglichen.“

Was gewinnt Polen durch die Beendigung des Zollkrieges mit Deutschland? Auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wo man sich vor einigen Jahren . . . den größten Hoffnungen hingab, kann man fast gar keinen Nutzen erwarten. Deutschland ist in den letzten Jahren ein Staat geworden, der sich fast gänzlich selbst versorgen kann. Auch von der Durchfuhr von Vieh und anderen Agrarprodukten durch Deutschland wird man sich schwerlich viel versprechen können, da die westeuropäischen Länder, vor allem Frankreich, in letzter Zeit die Einfuhr dieser Güter erheblich eingeschränkt haben. Verhältnismäßig am besten erscheinen die Exportaussichten für unsere Holz- und Naphtha-Industrie, aber auch auf diesem Gebiet müssen wir mit der starken Konkurrenz anderer Länder, sowie der Möglichkeit mittelbarer Erschwerungen für diesen Absatz auf dem deutschen Markt rechnen.

Wenn Deutschland trotz aller Hindernisse aus dem Zollkrieg . . . unser Hauptlieferant . . . geblieben ist, muß man von Augenblick der Aufhebung der antideutschen Einfuhrverbote und der Maximalzölle . . . mit einer neuen Überschwemmung des polnischen Marktes durch deutsche Waren rechnen. Allerdings ist die polnische Bevölkerung verarmt und folglich die Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes bedeutend geringer geworden, trotzdem ist mit einer bedeutenden Expansion der deutschen Industrie auf unserem Gebiet zu rechnen, was ein besonders empfindlicher Schlag für die mit großen Schwierigkeiten kämpfende, junge polnische Verarbeitungsindustrie sein wird.

Große Beunruhigung weckt auch das privatrechtliche Abkommen zwischen der „Zegluga Polska“ und . . . den deutschen Schifffahrtslinien . . . betr. die Schifffahrt zwischen Hamburg bzw. Bremen und den polnischen Häfen. Zwar soll bei Ladungen, die 100 000 zu jährlich übersteigen, die Verteilung zur Hälfte erfolgen, indessen entfällt, wie aus deutschen Informationen ersichtlich, von den ersten 56 000 zu 80 % auf Deutschland und nur 20 % auf Polen. Die folgenden 55 000 zu werden im umgekehrten Verhältnis geteilt. Dieser Verteilungsschlüssel sichert also zweifelslos Deutschland einen größeren Nutzen als Polen, da bei einem Sinken der Umsätze der größere Teil den deutschen Linien zufallen würde. Bekannt ist der elementare Aufschwung, den der Gdngener Hafen und die polnischen Schifffahrtslinien gezeigt haben. Dieser Aufschwung ist von zwei Seiten gehemmt worden: zunächst durch die Danziger Verträge, deren Wirkung auf Gdingen schon fühlbar wird, und jetzt durch das Abkommen mit den deutschen Linien, die im günstigsten Falle die polnische Initiative auf die 50prozentige Ausnutzung der Transporte zwischen den polnischen Häfen und Hamburg bzw. Bremen beschränkt . . .

Das nationaldemokratische Organ erklärt schließlich: „Wir treten in eine neue Ära ein, die von wirtschaftlichen wie politischen Gefahren erfüllt ist. Die Wiedererlangung der früheren dominerenden Stellung in unserem Außenhandel durch Deutschland wird zweifellos eine ungünstige Tatsache für unsere Wirtschaft sein.“ („Kurjer Pożnanski“ Nr. 107, 8. 3. 1934.)

Über diese angebliche Gefährdung der polnischen Schifffahrt führt trotz aller beruhigenden Erklärungen von Regierungskreisen („Kurjer Pożnanski“ 6. 3. 1934; „Ziustrowanie Kurjer Cobyjenni“ Nr. 67, 8. 3. 1934) der „Kurjer Pożnanski“ in einem anderen Aufsatze aus:

„. . . Die polnische Handelsflotte ist vor allem dank des Zollkrieges mit Deutschland erwachsen . . . Das Fehlen der mächtigen deutschen Konkurrenz schuf die Bedingungen für die Entstehung unserer Flotte. Jetzt hat die „Diskriminierung“ der deutschen Häfen und . . . der deutschen Flotte ein Ende. Der Vertrag betrifft die Transporte auf den regulären Linien, die . . . sich in den letzten Jahren recht günstig gestaltet haben . . . Zweifellos wird die Tendenz des Wachstums der Transporte auf regulären Linien auf Kosten der Trampschifffahrt anhalten. Also werden — von diesem Wachstum aus die deutschen Schifffahrtslinien großen Nutzen haben, denn der

Vertrag legt die Transporte für die deutsche Flotte nicht mengenmäßig, sondern prozentual fest . . . Die Konzession, die die deutschen Linien erlangen, ist also eine Position, die in dem Maße wächst, wie sich der Schwerpunkt der Transporte von der Trampschifffahrt zu den regulären Linien verschiebt.

Darin erschöpfen sich aber die von der deutschen Flotte erlangten Vorteile nicht. Denn die Konkurrenzmöglichkeiten der polnischen Flotte sind mit denen der deutschen Flotte nicht zu vergleichen. Konkurrenz aber kann Nutzen nur bringen, wenn Gleiches miteinander kämpfen. Unsere Handelsflotte ist jung und schwach. Die große deutsche Flotte und der hinter ihr stehende, gut organisierte Handel verfügen über große Möglichkeiten . . . In unserer Hand besitzen wir nichts, was überhaupt erlaube, den Wettbewerb mit einem so ausgerüsteten Konkurrenten aufzunehmen . . . Der Konkurrenzkampf unter solchen Bedingungen bietet also keinerlei Erfolgsaussichten. . . Wer weiß, ob nicht dadurch die Möglichkeit weiteren Ausbaus der polnischen Seeschifffahrt überhaupt vernichtet wird.

Statt unsere junge Flotte mit allen verfügbaren Mitteln zu schützen, wird sie durch den Abschluß des Vertrages einer großen Gefahr ausgesetzt. Die Hemmung der Entwicklung der eigenen Handelsflotte aber bedeutet . . . Abhängigkeit von Fremden. Wie wird das auf den polnischen Seehandel und Gdingen, das sein Zentrum sein soll, zurückwirken? . . . („Kurjer Pożnanski“ Nr. 107, 8. 3. 1934, auch „Głos Pomorski“ Nr. 55, 7. 3. 1934.)

Zum Schluß sei noch die Stellungnahme der maßgeblichen Wirtschaftszeitung Polens erwähnt, die nach mehrfacher Registrierung des Vertragsabschlusses in übereinstimmung mit den amtlichen Verlautbarungen, „Gdybna Gazeta Sandombra“ Nr. 54, 7. 3. 1934; Nr. 55, 8. 3. 1934) heißt „Die Konsequenzen des Wirtschaftsabkommens mit Deutschland“ folgendermaßen kennzeichnet:

Infolge der Entwidlung beider Wirtschaftsorganismen in der Zeit des Zollkrieges ist es unmöglich, einfach ja dem Austausch der Jahre 1920—1925 zurückzuehren.

„Polen hat sich unter dem Zwang der Eliminierung des deutschen Marktes aus dem Bereich seiner Wirtschaftsbeziehungen wirtschaftlich gefestigt. Was für den Wirtschaftsorganismus unseres Landes eine Katastrophe sein sollte, ist zum Antrieb engerischer Expansion geworden. Im Lauf der letzten sieben Jahre haben wir uns an der Ostsee das Fenster zur Welt geöffnet, sind wir zum Warenabsatz auf dem Seewege ohne die deutsche Vermittlung übergegangen und haben unter Umgehung des deutschen Marktes neue bedeutende Absatzmärkte in den europäischen und überseeischen Staaten gefunden. Von der Zufuhr der Polen unentbehrlichen Industrieerzeugnisse abzusehen, kamen wir auf dem Wege der Autarkie zum Ausbau der eigenen verarbeiteten Industrie; d. h. daß — auch bei Beachtung gewisser Verluste, die wir durch den Zollkrieg mit Deutschland erlitten, wir per Saldo siegreich aus diesem Ringen hervorgegangen sind. Denn wir haben uns sowohl auf dem Binnenmarkt gestärkt . . . als auch ein immer mächtigeres Instrument selbständigen Waren-austausches auf den Weltmärkten geschaffen.

Einen analogen Prozeß inneren Ausbaus hat in der Zwischenzeit auch die deutsche Wirtschaft erfahren. Unter Ausnutzung der ungeheuren amerikanischen Kredite hat Deutschland seinen Industrie- und Handelsapparat modernisiert . . . und ist entschieden zu dem Programm der Agrarautarkie . . . übergegangen . . . Dabei ist festzustellen, daß in der Zeit der Krise der deutsche Export ständig sinkt; die kürzlich veröffentlichten Zahlen des sehr stark passiven Außenhandels-saldos . . . vertragen die Schwierigkeiten der Ausgleichung des unerläßlichen Imports durch den Warenexport.

Von dieser Lage muß man ausgehen, um zu erkennen, daß das Wirtschaftsabkommen Polens mit Deutschland ein . . . Kompromiß ist, das von beiden Seiten eine sehr sorgfältige Prüfung der Möglichkeiten einer Vertiefung der Austauschmöglichkeiten . . . fordern wird.

Man muß von vornherein unsere Wirtschaftsfaktoren vor irgendwelchem zu weit getriebenen Optimismus . . . warnen. Bilden wir uns nicht ein, daß sich jetzt für Polen ein wunderbares Eldorado großer Absatzmöglichkeiten öffne, seien wir aber auch nicht zu große Pessimisten, daß der abgeschlossene Vertrag für unser Land die Gefahr künftiger innerwirtschaftlicher Schwierigkeiten mit sich bringe . . .

Der jetzige Wirtschaftsvertrag mit Deutschland liefert erst den Rahmen, dem das Leben selbst den beiderseits wohlwogenen . . . Inhalt liefern wird. Dabei ist schwerlich anzunehmen, daß bei Festlegung der Austauschformen eine der Parteien das deutliche Übergewicht der Vorteile erlangen sollte. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Tauschbeziehungen auf zwei Hauptmomenten beruhen werden: auf der Möglichkeit von Branche-Vereinbarungen nach dem Muster des Hüttenabkommens . . . für Schnittholz, gewisse andere Holz-Halb- und Fertigfabrikate, Naphtha- und einige chemische Produkte, Weniger aussichtsreich sind angesichts der deutschen Agrarpolitik die Möglichkeiten der Ausfuhr von Produkten der Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Industrie, Deutschland dagegen öffnen sich Exportmöglichkeiten nach Polen für verschiedene wichtige Industrieprodukte (Metall-, Maschinen-, Textil-, Leder-, chemische, Glas- und keramische Industrie).

Hier aber wird entscheidender Faktor das zweite wichtige Moment sein: der Kompensationsaustausch. Wir können fest davon überzeugt sein, daß in der Vermeidung des Gleichgewichts bzw. der Aktivität unserer Handelsbilanz unsere Regierungsfaktoren nicht auf einen Austausch eingehen werden, der sie gefährden würde, daß auch hier die Frage des Austausches nach dem Grundsatz „do ut des“ entschieden werden wird.

Bei beiderseitiger Wahrung der gebotenen Sorge um die Gestaltung der Handelsbilanz bzw. . . . um die Steigerung der Arbeitslosigkeit u. a. ist anzunehmen, daß unter diesen . . . beiderseitigen Vorbehalten im gegenwärtigen Augenblick von irgendwelchen radikalen Veränderungen in unserem Warenaustausch mit dem Auslande keine Rede sein kann. Die polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen beschreiten den Weg der Normalisierung und friedlichen Evolution. Es können beiderseitige Vorteile erwachsen; eine gewisse Belebung des polnisch-deutschen Warenaustausches ist wahrscheinlich, es wäre aber verfrüht, die Befürchtung auszusprechen, daß uns eine übermächtige Überschwemmung des fremden Imports droht, die für unsere junge verarbeitende Industrie und unsere wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit zur Katastrophe werden könnte.

Wie wir uns der Zeit des Kampfes und Zollkrieges anzupassen vermochten, werden wir zweifellos auch verstehen, die Konsequenzen der Liquidation zu ziehen, um unsere wirtschaftlichen Beziehungen mit dem westlichen Nachbarn der Normalisierung zuzuführen, ohne unsere Nationalwirtschaft besonders zu gefährden.“

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 64, 19. 3. 1934.]

Die Stellung der Wirtschaftskreise Polens zur deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung.

In der Zeitschrift des „Zentralverbandes der polnischen Industrie“ („Dziennik“) bringt der Schriftleiter dieser Publikation, Dr. C. Hoje, die Haltung der polnischen Industrie gegenüber dem deutsch-polnischen Abkommen (dessen Inhalt im gleichen Heft, S. 231—234, sehr ausführlich wiedergegeben wird) folgendermaßen zum Ausdruck:

„Die Beendigung des polnisch-deutschen Zollkrieges, der, fast neun Jahre dauernd, in der Geschichte des wiedererstandenen Polens fast ein stabiles Element wurde, wirft . . . die

Frage auf, wer darin gesiegt habe. Um die Antwort zu finden, gibt es wohl keinen geeigneteren Ausgangspunkt als eine Vergegenwärtigung der Ziele, die den kämpfenden Parteien zu Ausbruch des Zollkrieges vorschwebten. Auf polnischer Seite waren diese Ziele zweifellos defensiver Natur, für Deutschland dagegen handelte es sich offensichtlich um Ausnutzung der Wirtschaftswaffe als politisches Druckmittel in der Überzeugung, daß der Wirtschaftskrieg mit dem mächtigen westlichen Nachbarn für den jungen polnischen Staat auf längere Sicht unmöglich sein werde, da er zum unüberwindlichen Hindernis seiner Wirtschafts- und Finanzkonsolidation werden würde.

Diese Hoffnungen sind bekanntlich voll enttäuscht worden. Obwohl die Verschärfung der Handelsbeziehungen zu dem Lande, das im Wirtschaftsleben Polens stets eine große Rolle spielte, uns sicher viele bedeutenden Schwierigkeiten bereitete, ist Polen aus dieser sehr schweren Probe unbedingt siegreich hervorgegangen. Sein Wirtschaftsorganismus ist nicht nur nicht zusammengebrochen . . . sondern verstand es auch, sich . . . den neuen Bedingungen anzupassen. Auch in finanzieller Hinsicht vermochten wir trotz des Zollkrieges unsere Währung definitiv zu stabilisieren und direkt mit dem Auslande Kreditbeziehungen anzuknüpfen, die nach deutscher Ansicht nur durch ihre Vermittlung reale Erfolgsaussichten haben konnten. All das geschah, was es klar, daß das Hauptziel der deutschen Offensive verfehlt war. Der Wirtschaftskrieg mit Deutschland war von Polen eigentlich schon 1927 gewonnen, und nun konnte es schon auf der Basis völliger Gleichheit an Verhandlungen über eine Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen herangehen.

Bekanntlich wurden solche Besprechungen mehrfach begonnen. Wenn sie . . . erst jetzt zu konkreten Ergebnissen führen konnten, war sicherlich nicht Polen der Grund dieser Verzögerung. Man kann ganz objektiv feststellen, daß die grundsätzlich antipolnische Einstellung unseres Partners, die über jede wirtschaftliche Erwägung gestieg hatte, die einander folgenden Versuche der Verständigung zunichte machte. . . . Im Lauf der letzten drei Jahre erfuhr die Wirtschaftsfrage Polens wie Deutschlands eine bedeutende Verschlechterung, damit aber verringerten sich die Aussichten für eine Normalisierung der Beziehungen weiter, konnte doch die Furcht begründet erscheinen, daß die Liquidation der Lage, an die sich beide Seiten im Lauf der Zeit gewöhnt hatten, den vornehmlich interessierten Zweigen beider Nationalwirtschaften größere Gefahren als anderen Wirtschaftszweigen Vorteile bringen konnte.

Notwendig war eine grundlegende Wandlung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Einstellung, damit die Verhandlungen . . . mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden konnten. Auf deutscher Seite spielte sicherlich die entscheidende Rolle die als Folge des politischen Umsturzes durchgeführte radikale Reorganisation des Absatzes von Agrarprodukten; auf polnischer Seite hatte die Einführung des neuen Zolltarifs gleichfalls eine neue Lage geschaffen.

Obwohl beide Seiten somit eine zusätzliche Sicherung . . . ihrer Interessen erlangten, war bei Beginn der Verhandlungen . . . klar, daß der erneute Verständigungsversuch zunächst ein möglichst begrenztes Ziel haben müsse. Der Zollkrieg, der . . . in den neun Jahren die Züge des Dauerzustandes angenommen hatte, hat . . . so große und tiefgehende Wandlungen mit sich gebracht, daß mit ihnen als vollendeten Tatsachen gerechnet werden muß. Das gilt natürlich in erster Linie für Polen, da der Zollkrieg in unserem Wirtschaftsleben begrifflicherweise viel stärkere Spuren hinterlassen hat als in Deutschland, obwohl er auch dort für gewisse Provinzen (Schlesien, Ostpreußen) sehr große Bedeutung hatte. Vor allem haben wir uns durch den Zollkrieg von den früher übermächtigen deutschen Einflüssen in unserer Wirtschaft . . . befreit. Diese große Eroberung konnte doch in keinem Falle gefährdet werden.

All das sprach für die Notwendigkeit möglichst vorsichtigen Vorgehens . . .

Der Vertrag enthält natürlich vor allem die gegenseitige Aufhebung der Zollkampfabnahmen . . . die praktische Bedeutung dieser Bestimmung aber ist unter den heutigen Bedingungen stark beschränkt. Denn die Nichtanwendung der Maximalzölle bedeutet noch keineswegs, daß der Gegenseite Konkurrenzbedingungen zuerkannt werden. Solche Bedingungen — in Form von Konventionssätzen — wurden ausschließlich den Staaten reserviert, die die Meistbegünstigungsklausel genießen. Davon ist aber vorläufig in dem Verhältnis zwischen Polen und Deutschland keine Rede.

Ferner sind bei der extrem entwickelten Reglementierung . . . die Zollsätze bekanntlich nicht entscheidend. Auf diesem vielleicht konkretesten Gebiet bringt der Vertrag keine wichtigeren Bestimmungen. Gewisse Kontingente, die von Polen nach Aufhebung der antideutschen Verbotlisten . . . gewährt wurden, finden ein Gegengewicht vor allem in den Vorteilen, die von der polnischen Hüttenindustrie auf Grund des privatrechtlichen Abkommens erlangt wurden . . . Bedenkt man noch gewisse weitere Ausführungsmöglichkeiten für einige polnischen Industriezweige infolge der Aufhebung des deutschen „Obersatzes“, so werden die polnisch-deutschen Tauschbeziehungen durch den Vertrag eine gewisse Stärkung erfahren, die nach halbamtlichen Schätzungen rund 20% betragen soll.

Dabei ist als besonders bedeutsames Moment zu betonen, daß die Beendigung des Zollkrieges erfolgte, ohne daß Deutschland irgendein Kontingent für polnische Kohle . . . gewährte. Bedenkt man, daß die Kohle einer der natürlichsten Exportartikel Polens nach Deutschland ist, und daß gerade von der Kohle der Zollkrieg 1925 seinen Ausgang nahm, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Liquidation dieses Krieges den früheren Zustand nicht wiederherzustellen vermochte.

... Eine Regelung forderte auch das erstgenannte Problem des Schutzes unserer See- und Hafeninteressen. Denn gerade in dieser Hinsicht hat die langjährige Isolierung von Deutschland eine völlig neue Lage geschaffen . . . Man mußte befürchten, daß eine erneute Zulassung der ungehemmten deutschen Konkurrenz die bisherigen Erfolge Polens vernichten oder mindestens gefährden würde. Da soll der private Vertrag zwischen den polnischen und deutschen Schiffahrtslinien verhindern . . .

Fügen wir noch die Erlangung des unbeschränkten Transits von polnischen Agrarprodukten durch Deutschland nach den westlichen Ländern hinzu, so erschöpfen wir damit die Hauptbestimmungen des Vertrages, dessen Bedeutung als Abschluß einer wichtigen Etappe unserer Wirtschaftsentwicklung grundsätzlich groß ist. Praktisch aber liegen die Dinge etwas anders. Während man noch vor ein paar Jahren der Ansicht sein konnte, daß die Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges für den Kredit Polens ein Imponderabilium hohen Gewichtes sein werde, spielt dieses Moment jetzt wohl keine Rolle mehr¹⁾. Die internationalen Finanzbeziehungen haben seither ihren Charakter völlig geändert, gleichzeitig aber hat die Konsolidierung Polens so große Fortschritte gemacht, daß der anhaltende Zollkrieg mit Deutschland schon nie mehr als bedeutende Belastung seiner Lage angesehen werden konnte. Die Beendigung dieses Krieges schafft also in dieser Hinsicht für uns keinerlei neue Perspektiven.

... Wir stellen fest, daß zunächst eine stärkere Belebung des Warenaustausches nicht zu erwarten ist, da die Mehrzahl der hier vor allem in Frage kommenden Positionen entweder von autonomen Zöllen oder Einfuhrverboten geschützt ist. Erst wenn hier Wandlun-

¹⁾ Im Gegensatz zu dieser Behauptung hat feinerzeit die polnische Presse ausdrücklich die Kurssteigerung polnischer Werte an der New Yorker Börse als Folge der Entspannung in den — politischen und wirtschaftlichen — Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bezeichnet. (Red.)

gen eintreten sollten, d. h. wenn es zwischen Polen und Deutschland zum Abschluß eines Kontingent- und Zollabkommens kommen sollte — selbstverständlich immer noch ohne die Meistbegünstigungsklausel — könnten . . . weitere Möglichkeiten des Austausches entstehen.

Wir wissen nicht, ob und wann es zu einer solchen weiteren Etappe in den Beziehungen zu Deutschland kommen wird. Unsererseits wollen wir in jedem Fall erneut betonen, daß gerade gegenüber unserem westlichen Nachbarn vorsichtiges Verhalten weiterhin höchst geboten erscheint. Nach so langer Unterbrechung in den gegenseitigen Beziehungen, die ehemals in unserem Wirtschaftsleben eine so übermächtige Rolle spielten, birgt jeder Versuch, die Beziehungen enger zu gestalten, unbedingt ein gewisses Risiko in sich, das wir gerade in der Zeit der schweren Krise nicht allzu eifrig auf uns nehmen dürfen.

Zu dieser elementaren Überlegung kommen noch andere Momente: der ungerегelte äußere Wert der deutschen Währung, der für die deutsche Produktion eine mächtige Ausfuhrprämie bildet, ferner die Tatsache, daß von Polen die Verhandlungen mit anderen, für es unermüdlich wichtigen Kontrahenten noch nicht beendet oder gar noch nicht begonnen worden sind.“

[„Przeegląd Gospodarczy“ Nr. 6 (15. 3. 1934), S. 199—201.]

Die deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlung und die Exportinteressen der polnischen Viehzucht.

Nach Ansicht des polnischen Regierungsorgans läge die Bedeutung des Vertrages für die polnische Viehzucht mehr in der Zukunft als in der Gegenwart, denn sein Inhalt sei lediglich Transfiterleichterungen, die in ihrer Bedeutung nicht zu überschätzen seien.

Bei der Unterdrückung seien zwei Fragen zu unterscheiden: 1. die Frage des Transits durch Deutschland und 2. die Zukunftsansichten des Exports nach Deutschland.

Wenn auch die Erleichterungen für den Transit Polen eine Senkung der Transportkosten und Kürzung der Transportdauer bedingten, sei doch zu beachten, daß

„während der langen Dauer des Wirtschaftskrieges mit Deutschland der polnische Export von Schlachttieren und Frischfleisch nach den Ländern Westeuropas sich so vervollkommnet hat, daß die Entfernungen — sogar von über einer Woche (Transportdauer) — sich nicht mehr ungünstig auf seinen Zustand oder Wert auswirkten. Dabei ist auch zu erwarten, daß die tschechischen und österreichischen Bahnen durch entsprechend gesenkten Tarife versuchen werden, . . . die polnischen Transporte wieder zu erlangen.“

... Dazu kommt eine zweite Frage. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung Polens entdeckt, uneingesieht in die Geheimnisse der Agrarpolitik der westeuropäischen Staaten, in der Erlangung des Transits durch Deutschland neue Möglichkeiten für den Absatz unserer Viehzuchtprodukte. Dem ist aber nicht so. Uns droht gegenwärtig eher eine Verdrängung von diesen Märkten; der Grund dafür ist die Antarktipolitik fast aller dieser Staaten. Daher muß man erwarten, daß die . . . Erlangung des Transits durch Deutschland die Lage unserer Viehzucht in nichts bessern wird.“

Widriger sei die Frage nach den künftigen Absatzmöglichkeiten in Deutschland selbst.

„Bekanntlich war der Verlust des deutschen Marktes . . . damals ein überaus schwerer Schlag für unsere Landwirtschaft . . . keineswegs aber, wie der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands erwartet hatte, ein tödlicher Schlag. Im Gegenteil, dieses Ereignis trieb unseren Export an, neue Märkte und Absatzmöglichkeiten aufzusuchen.“

Während der langen Jahre des Zollkrieges . . . hat die Lage eine grundsätzliche Wandlung erfahren, Deutschland hat seine

Agrarproduktion so ausgebaut, daß die Wiedererlangung dieses Marktes sicherlich auf große Schwierigkeiten stoßen wird. . . .

Ein Vergleich des deutschen und polnischen Viehbestandes (gemessen an Fläche und Bevölkerungszahl beider Staaten) zeigt deutlich, daß

„der — auch nur teilweise — Wiederaufbau des deutschen Marktes für die Erzeugnisse der polnischen Landwirtschaft und Viehzucht überaus schwierig sein wird.

In Deutschland wird eine rasende, unehört systematische Propaganda für die Erhaltung hoher Agrarpreise, damit für die Rentabilität der Agrarproduktion, getrieben. Produktion wie Absatz sind dort genau reglementiert.

Wenn man will, wie peiniglich genaue die Deutschen ihre Wirtschaftsprogramme — von deren Realisierung künftig der Erfolg der gegenwärtigen politischen Richtung abhängt — ausführen, muß man schon damit rechnen, daß — wenn sich unser Viehzucht der Weg nach Deutschland öffnen sollte — er erkannt sein wird mit sehr hohen Zöllen und der Unmöglichkeit, den freien Markt zu besichtigen, (er wird ausschließlich direkt zu den Fabriken (gehen). Es wird nach so vielen Jahren Wirtschaftskrieg mit Deutschland also für uns nicht leicht sein, eine Plattform zu finden, um die Frage günstig zu lösen, die in den Handelsbeziehungen zu Deutschland eine der elementarsten Fragen sein wird.“

[„Dziennik Poznański“ Nr. 64, 18. 3. 1934.]

Polnische Pressstimmen zum Aufenthalt der britischen Wirtschaftsdelegation in Polen.

Nach vor dem Eintreffen der englischen Industri- und Handelsdelegation, die Anfang März zur Vorbereitung der nach Osnabrück aufzunehmenden englisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen acht Tage lang an Ort und Stelle die Möglichkeiten einer Erleichterung des englischen Exports nach Polen untersuchte, hat der Direktor der Polnisch-Britischen Handelskammer in Warschau, Dr. Hofe (ehemals polnischer Generalkonsul in Berlin) die Lage wie folgt gekennzeichnet:

„. . . Die Verhandlungen werden sicherlich auf Schwierigkeiten stoßen . . . Denn die Kaufkraft der Bevölkerung Polens wird immer geringer, dabei können Polens Wirtschaftskreise sich gegenwärtig nicht Investitionen erlauben, die England besonders interessieren. Es ist also anzunehmen, daß der Absatz verschiedener Artikel, die England zu uns exportieren will, nicht sehr groß sein wird. . . .“

Über die Aussichten des polnischen Exports nach England erklärte Direktor Hofe:

„Der Export sinkt, dagegen wächst der Export polnischen Holzes, besonders aus den Staatsforsten, ständig. Dieses Holz erzielt gute Preise. Dieser Handelszweig kann sich aber ebenfalls verschlechtern, falls England nach dem Muster Amerikas engere Wirtschaftsbeziehungen zu Sowjetrußland anknüpfen sollte. . . . Es bestehen keine großen Aussichten auf Steigerung des polnischen Exports, da die Autarkie erstrebenden Landwirtschaftskreise Englands starken Druck auf die Regierung zwecks Beschränkung des Lebensmittelimports ausüben.“

Der Abnähme engerer Beziehungen zu Polen unfreundlich gesonnen sind in England vier Industriezweige: die Kohlenindustrie — da sie unsere Konkurrenz auf dem Weltmarkt fürchtet; die Automobilindustrie — da Polen keine Automobile aus England einführt; die Schifffahrt — da Polen seine jungen Schiffsahrtlinien protegiert . . . schließlich die Bekleidungsindustrie — die die starke Konkurrenz der billigen polnischen Konfektion, sowohl auf dem englischen Markt wie den Kolonialmärkten, verspürt.“ („Kurjer Poranny“ vom 24. 2. 1934; auch „Polonia“ Nr. 3367, 25. 2. 1934.)

Und als die Delegation am 7. März in Warschau eintraf, wurde sie durch Pressstimmen begrüßt, in denen die alte polnische Forderung nach Bewehrung des Aktivsaldo für Polen (vergl. 1934, Nr. 6, S. 29; Nr. 7, S. 29) wieder aufgeführt wurde; z. B. wurde erklärt:

„. . . Wir führen Artikel aus, die sofort verbraucht werden. England dagegen kann Polen Industrieerzeugnisse, die erst in Jahrzehnten aufgebraucht werden. Es ist also angebracht, daß der englische Export auf Kredit erfolge, derjenige Polens in offener Rechnung. Zwar besitzt Polen im Umsatz mit England einen Aktivsaldo, aber dieser deckt mit Mühe unsere Verpflichtungen gegenüber England, das finanziell auf unserem Markt engagiert ist. Aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft muß England also anerkennen, daß Polens Forderung, im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern den Aktivsaldo zu bewahren, voll berechtigt ist. . . .“ („Kurjer Poranny“ Nr. 67, 8. 3. 1934.)

Gleichzeitig wird von derselben Seite England zu neuen Kapitalanlagen in Polen aufgefordert, wobei u. a. ausgeführt wurde:

„. . . England könnte seine Handelsexpansion in Polen erweitern. Die bisherigen Mängel sind nur die Folge einer gewissen Vernachlässigung des polnischen Marktes durch das englische Kapital. England ist ein Land, das vorzugsweise . . . Gegenstände langsamen Verbrauchs ausführt, zum Erwerb dieser Güter sind größere Kapitalien notwendig, von denen wir in Polen relativ wenig besitzen. Unsere Beschränkungen gegenüber der englischen Industrie folgen aus der Nichtberücksichtigung unserer Kapitalverhältnisse durch England. Will England in Polen einen bedeutenderen Kunden haben, so muß es sich vor allem zu größeren Investitionen entschließen. . . . die letzten abgeschlossenen Kreditgeschäfte für die Elektrifizierung des Warschauer Knotenpunkts usw. . . . sind nur die ersten Schwalben. Die weitere Entwicklung unserer Handelsbeziehungen mit England liegt in den Händen der englischen Finanziers. . . .“

Eine gewisse Erschwerung der Ausfuhr Englands nach Polen war bisher das Fehlen direkten Kontakts mit dem polnischen Markt. Die Industrie benutzte die Dienste verschiedener, z. B. deutscher, schwedischer usw. Vermittler; diese kostspielige Vermittlung erschwerte England die Konkurrenz auf unserem Markt. England hat es nicht einmal verstanden, gewisse günstige Momente auszunutzen, z. B. bei Ausbruch des Zollkrieges mit Deutschland . . . nicht verstanden, den polnischen Markt zu betreten, um die deutschen Fabrikate zu ersetzen.

Zusammenfassend . . . kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Schlüssel für die Expansion der englischen Industrie in den Händen der Londoner „City“ liegt.“ („Kurjer Poranny“ Nr. 68, 9. 3. 1934.)

Dabei heißt es über die kommenden Verhandlungen: Ihre Bedeutung sei umso größer, als

„die Handelsbeziehungen in der letzten Zeit durch Finanzbeziehungen erheblich verstärkt worden sind. . . . In den Jahren 1931—1934 . . . haben wir auf dem Londoner Markt drei bedeutende Kreditgeschäfte tätigt: die Telefonanleihe von 1931, die Eisenbahnanleihe von 1933 und 1934. Jede dieser Anleihen war Ausdruck des wachsenden englischen Vertrauens zu Polen, die brachte gegenüber der vorhergehenden eine größere Summe, niedrigeren Zinssatz. Lautete die Anleihe von 1931 auf 550 000 £ zu 8½ %, so brachte die Eisenbahnanleihe von 1933 rund 2 Millionen £ zu 6¼ %, die Anleihe von 1934 sogar 5 Millionen £ zu 6½ %. Es verlohnt, an die bedeutenden englischen Kredite zu erinnern, die in der Zucker- und Holzindustrie, sowie anderen Industrien Polens engagiert sind.“

So ist also Polen gegenüber England ein Schuldnerstaat, und dieses Verhältnis gestaltet entsprechend den Charakter des Handelsaustausches zwischen den beiden Ländern. Polen verkauft mehr an England, als es dort kauft und kann die erlangten Überschüsse zur Deckung seiner Finanzverpflichtungen verwenden. Dieser ganz normale Zustand findet seinen Ausdruck in den Zahlen des polnisch-englischen Warenverkehrs, der im Jahre 1933 mit einem Aktivsaldo von über 100 Millionen Zloty für Polen schloß.

Diese Zahlen beweisen den Sieg der England-Orientierung in unseren Handelsbeziehungen mit dem Auslande, einen Sieg, der nicht ohne

Einfluß auf die allgemeine Richtung unserer Handels- und Finanzpolitik bleiben kann) . . .“

Die polnischen Unterhändler werden bei den Verhandlungen folgendes bedenken müssen:

„ . . . Bekanntlich hat der polnische Export nach England fast ausschließlich agrarischen oder Rohstoffcharakter. Er besteht vor allem aus Baccons, Holz, Butter, Eiern und Zucker . . . Die Methode der Festlegung der Baconkontingente ist für Polen überaus ungünstig. Das Kriterium, das England hier anwendet, ist die Höhe des Anteils der einzelnen Länder zu einer Zeit, da der englische Markt noch außerhalb des Bereichs intensiver Wirtschaftsexpansion Polens lag. Die formalistische Anwendung des Grundsatzes der „woherworbenen Rechte“ drängt Polen unter den Importeuren an die letzte Stelle; Aufgabe der Delegierten wird es sein, eine Änderung dieser uns benachteiligenden Methode zu erreichen, was übrigens durchaus im Rahmen von Billigkeit und Gerechtigkeit bleibt.

Schwieriger wird es um die beiden anderen wichtigen Gegenstände des polnischen Exports — Butter und Eier — sein, denn die Erlangung von Zollreduktionen für sie wird sicherlich auf Schwierigkeiten wegen der Ottawa-Präferenzen . . . stoßen. Erst bei den Artikeln, die zwar mit hohen Zöllen belegt sind, deren Einfuhr aber nicht mit den Verpflichtungen von Ottawa kollidiert, könnten wir mit Aussicht auf Erfolg entsprechende Reduktionen fordern. Sicherlich kann man sich in der gegenwärtigen Krise nicht unwirkliche . . . Ziele setzen, aber man muß mit aller Dringlichkeit sich um den Platz bemühen, was die allgemeine Lagerung der Wirtschaftsbeziehungen zuweist.

Wenn wir aber von England Steigerung unserer Ausfuhr fordern, können wir nicht gleichzeitig im unsern Binnenmarkt verschließen . . . Von englischer Seite ist wiederholt betont worden, daß . . . Polen den Import englischer Waren erheblich steigern müsse. Diese gerechte Forderung muß berücksichtigt werden. Es gibt in Polen große und unausgenutzte Möglichkeiten, Einkäufe auf England umzustellen, die jetzt in Ländern getätigt werden, mit denen Polen eine passive Handelsbilanz besitzt und die niemals bedeutendere Abnehmer seiner Fabrikate sein werden.“ („Kurjer Poranny“ Nr. 70, 11. 3. 1934.)

Eine Überschau der Pressestimmen zeigt, daß Polens Forderungen sich auf die Erhaltung des Aktivsaldo konzentrieren, was der Präsident des Verbandes der polnischen Handelskammern, Rimfisz Klancz, bereits bei Begrüßung der englischen Gäste erklärt hatte:

„Der Saldo . . . ist für Polen aktiv, doch ist zu beachten: Der Saldo der Handelsbilanz mit dem britischen Imperium ist sehr verschieden von dem Saldo, der allein aus dem Umsatz mit Großbritannien folgt, nämlich . . . beinahe gleich Null. Ich verstehe, daß für die Vertreter Großbritanniens dieser Umstand sehr nebensächliche Bedeutung hat, doch sind die Warenumsätze mit dem britischen Imperium die Quelle bedeutender Einkünfte für Kaufleute und Bankiers, die in Großbritannien wohnen. Außerdem erleichtern diese Umsätze den Export Großbritanniens nach den Dominien, Kolonien usw., weil die aktive Handelsbilanz dieser Länder mit Polen ihnen große Einkünfte englischer Waren ermöglicht.“ („Głoszenia Czwajca Sambowa“ Nr. 38, 12. 3. 1934.)

Entsprechend heißt es in dem der Regierung nachstehenden „Kurjer Poranny“:

„ . . . Die Engländer kamen mit der Forderung nach Steigerung ihres Imports nach Polen und stützten diese Forderung auf den Aktivsaldo Polens in den polnisch-englischen Umsätzen. Sie lernten jedoch die für Polen sehr wichtige Tatsache kennen,

daß zu dieser Bilanz der Warenumsätze auch die Einfuhr aus den britischen Dominien und Kolonien hinzuzurechnen ist. Nach Hinzurechnung dieser Positionen . . . sowie des sogenannten unsichtbaren Exports sinkt Polens Aktivsaldo auf Null. Polen ist gegenüber Großbritannien Schuldnerstaat, und diese Tatsache bedingt die Notwendigkeit, aus den Warenumsätzen für Polen einen Aktivsaldo zu erhalten, denn anders könnte Polen nicht seine Verpflichtungen gegenüber dem englischen Kapital einhalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die englische Seite diese berechtigten polnischen Forderungen ernsthaft beurteilt hat . . . Die englischen Kreise müssen begreifen, daß angesichts der Normalisierung der polnisch-deutschen Handelsbeziehungen die Frage der Finanzierung des Exports nach Polen besondere aktuelle Bedeutung erlangt hat. Von seinen Forderungen kann Polen nicht abgehen, Es hegt den besten Willen . . . zur Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen mit Großbritannien, aber das kann nicht auf Kosten seiner lebenswichtigen Interessen geschehen. Beide Länder müssen von der Belebung der Wirtschaftsbeziehungen Nutzen haben, ansonsten würde das notwendige gegenseitige Gleichgewicht erschüttert werden . . .“ („Kurjer Poranny“ Nr. 75, 16. 3. 1934.)

Bezeichnenderweise hat sich auch die Opposition der Regierungspresse angegeschlossen, z. B. erklärt der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski“ — nach Zufassung der polnischen Kontingentsfrage (bergl. die Säfte in 1934, Nr. 6, S. 25*) —:

„ . . . Eine Untersuchung der polnisch-englischen Handelsumsätze muß auch . . . die Kapitalsumme zwischen beiden Ländern berücksichtigen . . . Polen ist gegenüber England Schuldnerstaat. Es ist sogar anzunehmen, daß diese Position sich angesichts der bedeutenden Anlagemöglichkeiten für englische Kapitalien auf dem polnischen Markt künftig noch verstärken wird. Unter den heutigen Bedingungen geschieht die Zahlung internationaler Finanzschulden faktisch immer stärker durch die Ausfuhr von Waren . . .“

Hinzu kommt ein Moment, das sich aus der Struktur der Handelsumsätze zwischen den beiden Ländern ergibt. Obwohl Polen in absoluten Zahlen einen recht bedeutenden Aktivsaldo im Umsatz mit England aufweist, besitzt die englische Ausfuhr einen bedeutend höheren Wirtschaftswert als die polnische Ausfuhr. Sie besteht fast ausschließlich aus Industrieprodukten höchster Gattung, in denen eine bedeutende Menge menschlicher Arbeit . . . steckt. Polens Ausfuhr ist in hohem Maße Agrarausfuhr, in der der Gehalt menschlicher Arbeit unvergleichlich geringer ist . . . Diese Einsicht, deren Bedeutung mit der Tragweite der Arbeitslosigkeit zusammenhängt, wird bei Handelsbesprechungen immer häufiger beachtet. Auch dies spricht dafür, daß die Normierung der polnisch-englischen Handelsumsätze auf der Basis der Wahrung des Bilanzüberschusses zugunsten Polens erfolge.“ („Kurjer Warszawski“ Nr. 72, 14. 3. 1934.)

Welches sind nun die Ergebnisse des englischen Besuchs? Der Präsident des Vertretungsausschusses der polnischen Handelskammern, Dr. Winkowski, der polnischereifig die Besprechungen geleitet hat, hat dazu folgende Erklärung abgegeben:

„Unsere Besprechungen zeigten den Engländern den Umfang des wirklich unetherrlichen Imports für Polen und haben gleichzeitig bewiesen, wie außerordentlich wichtig . . . unmittelbare ständige Beziehungen mit den Abnehmerzentren sind, von verschiedenen anderen Ländern demernd unterhalten, von den englischen Lieferanten aber vielleicht nicht immer mit derselben Intensität gepflegt werden. Ich bin der Ansicht, daß die aufgeworfenen Themen, z. B. der Kredite, Konsignationslager, Handelsvertretungen usw., den verantwortlichen Kreisen Großbritanniens ein weites Feld zu Reflexionen über die Aktivierung des britischen Handelsapparats bieten. Andererseits verheißlich ich nicht, daß die Belebung der polnisch-englischen Umsätze zweifellos im Interesse beider Länder liegt, da wir stets die Bedeutung des englischen Marktes für unsere Produkte . . . vor Augen haben müssen.“

*) Fast wörtlich übereinstimmend mit einem Aufsatz von Dr. F. Jwig im „Zustrowan Kurjer Codzienny“, Krakau (Nr. 61, 23. 2. 1934), in dem aber noch betont wird, daß das englische Kapital „uns gleichzeitig die Möglichkeit gibt, die Kredite in Waren zurückzahlen, im Gegensatz zu dem französischen Kapital, das wegen der hermetischen Kontingente Frankreichs uns nicht die Möglichkeit gewährt, die Schulden in Waren zu regulieren.“

Gegenüber den Erklärungen der englischen Delegation, daß ihr Hauptziel die Steigerung der englischen Ausfuhr nach Polen sei, heißt es in der Erklärung:

„Die These des möglichen Ausgleichs der Umsätze muß in uns sehr bedeutende Zweifel erwecken. Vor allem bin ich nicht der Ansicht, daß man bei der Bewertung des gegenseitigen Warenaustausches sich allein der absoluten Zahlen bedienen kann. Denn selbst wenn wir 1933 gegenüber England einen Ausfuhrüberschuß . . . von 100 Millionen Zloty besäßen, muß man sich fragen, welches Gewicht und welche Wirtschaftsmasse stellen die aus England importierten Waren für 83,5 Millionen Zloty gegenüber dem Verbrauch Englands aus dem polnischen Markt mit 184 Millionen Zloty dar? Beim Vergleich dieser beiden Positionen wird klar, daß angesichts der Unvergleichbarkeit der Reserven beider Märkte und ihrer Bedürfniskalen man vielleicht . . . die Behauptung wagen müßte, daß unsere Handelsbilanz mit England im Vergleichsmaßstab eher ungünstig ist, und zwar umso mehr, wenn wir beachten, daß der größte Teil von uns importierten Artikel Industrieprodukte sind — in denen zahlreiche Produktionsprozesse enthalten sind — während unser Export dorthin zwangsläufig vorwiegend den Charakter der Rohstoff- und Lebensmittelausfuhr besitzt.

Wenn Polen . . . mit großen Opfern die Goldparität seiner Währung aufrecht erhält und zweifellos weiter aufrecht erhalten wird, gleichzeitig aber Schuldnerstaat ist — und in erheblichem Maße gerade gegenüber einem solchen Finanzpotenzial wie England — könnte dann die Lösung des Problems der Erfüllung seiner ausländischen Zahlungsverpflichtungen ohne entsprechenden Überschuß der Handelsbilanz möglich sein? . . .

Schließlich würde eine wirkliche Wirtschaftsannäherung bei Bewahrung eines bedeutenden Aktivsaldo mit eher steigender Tendenz — was . . . für uns absolute Finanznotwendigkeit ist — am erfolgreichsten erzielt werden durch gegenseitige Vertiefung der Umsätze, denn wir würden für unsere Ausfuhr, besonders unsere Agrarausfuhr, größere Möglichkeiten erhalten . . . und die allgemeine Rentabilität unserer Nationalwirtschaft, damit aber auch ihre Kaufkraft gegenüber England steigern . . .“ („Kurjer Poranny“ Nr. 76, 17. 3. 1934.)

Die Kattowitzer „Polonia“ (Korfaats-Opposition) nennt diese Erklärung

„eine öffentliche Polemik „ex post“, die beweise, daß die englischen Industriellen und die polnischen Wirtschaftskreise keine gemeinsame grundsätzliche Verständigungslinie gefunden haben, obwohl man sich vielleicht — auf einzelnen Abschnitten — geeinigt hat“ . . . Daher kann man nicht behaupten, daß unsere Verhandlungen mit England . . . einen besonders günstigen Verlauf zu nehmen versprechen.“ („Polonia“ Nr. 3388, 18. 3. 1934.)

Die Stellung der polnischen Industriekreise kommt zum Ausdruck in einem Leitartikel der Zeitschrift des „Zentraindustrieverbandes der polnischen Industrie“, worin der Schriftleiter dieser Publikation schließend feststellt:

„. . . Die engere Gestaltung der Handelsbeziehungen mit Großbritannien liegt zweifellos im direkten Interesse Polens. Aus dieser Voraussetzung erwächst die proibitive Aktion, die, vor relativ kurzer Zeit entstanden, in Polen sehr deutlich und stetig Kraft gewinnt und in allen Zentren des Wirtschaftslebens großes und lebhaftes Verständnis findet“. Diese Aktion läßt sich . . . in der Lösung zusammenfassen: Wenn überhaupt Auslandsimport, so in erster Linie in Großbritannien, dem heute

wichtigsten Abnehmer Polens, kaufen! Vor allem unter diesem Gesichtspunkt werden die Einzelberatungen zwischen den polnischen Vertretern und den englischen Wirtschaftskreisen geführt.

Diese Lösung ist natürlich ein Produkt der Ausnahmezeiten, in denen wir leben. Bei allgemeiner Freiheit des Warenumsatzes hat . . . der automatische Charakter der Wirtschafts- und Finanzprozesse am besten und leichtesten alle Ungleichheiten ausgeglichen.

Heute . . . sind die internationalen Finanzumsätze bedeutend schwächer geworden, können in immer geringerem Maße die Rolle des Regulators der Warenumsätze spielen . . . Unter diesen Bedingungen stellt auch jedes Land die Sorge um den Saldo an erste Stelle . . . und natürlich spielt die möglichst 100prozentige Kompensation eine umso größere Rolle, je mehr die Zahlungsbilanz des betreffenden Landes von seiner Handelsbilanz abhängt.

„. . . Großbritannien wird zweifellos . . . die Bedeutung würgen, die für Polen . . . der Aktivsaldo seiner Handelsbilanz, um den es so schwer kämpfen muß, besitzt. Aus dieser Erkenntnis muß sich eine klare Folgerung ergeben: Großbritannien wird zweifellos anstreben, seinen Anteil am Import Polens zu erhöhen — diese seine Forderung trifft bei uns allgemein auf Wohlwollen. Von genauer Kompensation kann bei so erheblicher Verschiedenheit der Aufnahmefähigkeit beider Länder selbstverständlich nicht die Rede sein.“ („Przedsiębiorczy“ Nr. 6 (15. 3. 1934), S. 201—202.)

Endlich hat nach Abreise der Delegation das maßgebende Organ der polnischen Regierung („Gazeta Polska“) den polnischen Standpunkt wie folgt präzisiert:

„. . . Wir sind der Ansicht, daß in den Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner nur der Grundsatz berechtigt ist: mehr zu verkaufen als zu kaufen und aus dem Überschuß die Schulden zu bezahlen. Man sollte meinen, daß die Berechtigung dieses Strebens nach dem Gleichgewicht der Zahlungsbilanz, nicht Handelsbilanz zwischen Staaten, die in Kreditbeziehungen zueinander stehen, von den maßgebenden Faktoren Englands anerkannt werden wird, da lange Jahre hindurch die Wirtschaftspolitik Englands auf die direkte Verbindung der Frage der internationalen Schulden mit dem internationalen Warenaustausch großes Gewicht gelegt hat.

Es bleibt die zweite Schwierigkeit, die wir ebenfalls nicht mit Stillschweigen übergehen wollen, die Kohle . . . Man müßte gleichfalls eine Verständigung anstreben . . . und für beide Parteien schädlichen Kampf um die Absatzmärkte beenden. Von polnischer Seite werden zweifellos alle Vorschläge dahin mit allem guten Willen und dem Wunsch zur Verständigung geprüft werden.

Die englisch-polnischen Handelsbeziehungen sind Teil der allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder . . . Für die ungeheure, weltweite Wirtschaftssituation Englands sind die Beziehungen zu Polen eine weit nebensächlichere Frage als für uns die Beziehungen zu England, das einer unserer größten Abnehmer ist. Jedoch sind wir der Ansicht, daß Polen als Wirtschaftskontrahent zweifellos Beachtung verdient.

Polen ist z. B. ein Land, an dem England nichts verlieren hat. Die Kapitalanlagen, die in Polen von englischer Seite vorgenommen wurden, sind weder „eingefroren“ noch zerstört. Wenn das englische Kapital irgendwelche Verluste erlitten hat, so nur an Geschäften, die von Vermittlern betrieben wurden: diese wirtschafteten leichtsinnig mit den in England aufgenommenen, in Polen teuer ausgiehlichen Geldern . . . Aber dort, wo es keinen Vermittler gab, hat der polnische Schuldner selbst in den schwersten Krisenzeiten seine Verpflichtungen solide und ehrlich erfüllt . . .

Wenn Polen ein Land ist, in dem man in der Zeit der Krise nicht verlieren konnte, wird es sicher ein Land sein, in dem man in normalen Zeiten gewinnen kann. Die Investitionsbedürfnisse und -möglichkeiten in Polen sind ungeheuer. Es existieren so-

*) U. a. sind die englischen Forderungen auf Zollreduktionen für landwirtschaftliche Maschinen, transportable Dieselmotoren ufm. beim Aufenthalt der Delegation in Polen von den Vertretern der höchsten Landesbehörden gebilligt worden. („Dziennik Polniski“ Nr. 50, 13. 3. 1934.)

) Vergl. darüber 1934, Nr. 4—5, S. 20.

wohl für das englische Kapital wie für gewisse Zweige der englischen Investierindustrie große Aussichten auf günstige Arbeit, da trotz der fortschreitenden Industrialisierung Polens — stets die Produktion gewisser Maschinentypen und -einrichtungen unrentabel sein würde. Wir müssen mit einem hochindustriellen Lande zusammenarbeiten. Aus vielen Gründen wäre es erwünscht, daß England dieses Land sei. . . .“

[„Gazeta Polska“ Nr. 79, 20. 3. 1934.]

Polen und das französische Kapital.

Bereits früher (1933, Nr. 6, S. 27*) ist darüber berichtet worden, daß entgegen der so oft proklamierten politischen Freundschaft zwischen Polen und Frankreich seit einiger Zeit das französische Kapital immer geringere Verträge in Anlagen in Polen verrät (bagoen neuerdings englisches Kapital der Wirtschaft Polens, 3. B. für den Ausbau der polnischen Eisenbahnen, in steigenden Beträgen zufließt), während andererseits des Ozeans in des Polen angelegten französischen Kapitals von der öffentlichen Meinung Polens einer immer schärferen Kritik unterzogen wird. Diese Kritik wurde entfacht und genährt durch die nicht ebenwollen Enttäuschungen über die Mißwirtschaft des französischen Kapitals in der Textilmanufaktur von Zyrardów, die neuerdings die Regierung zum Einheitsverbot veranlaßt („Kurjer Łódzki“ Nr. 22, 24. 1. 1934) und Schuldenerfahrungen der Aktionäre und Arbeiter verursacht haben („Inflationskurve Cobienną“ Nr. 42, 11. 2. 1934). Und schon vermutet die polnische Presse, die sich nun seit Monaten mit den altem „kolonialen“ Arbeitsmethoden des französischen Kapitals in Polen beschäftigt hat („Gospodarka Narodowa“ 1934, Nr. 4, S. 55—56), einen neuen Skandal in der Naphtha-Industrie („Polonia“ Nr. 3338, 27. 1. 1934; „Kurjer Łódzki“ Nr. 26, 28. 1. 1934), worüber genauere Nachrichten allerdings bisher noch ausstehen.

Sehr verstimmt hat in Polen auch die Weigerung des französischen Kapitals, die seit langem fällige zweite Rate von 300 Millionen Francs Obligationen der „Eisenbahnaktiende“ zu entrichten, so daß die „Kohlenbahn“ immer noch provisorisch von den polnischen Staatsbahnen für Rechnung der polnisch-französischen Pachtgesellschaft betrieben werden muß. Es bedurfte erst der ziemlich unerhöllten Drohung des polnischen Verkehrsministers im polnischen Sejm, die vertaglich vorgegebenen Zwangsmassnahmen zur Anwendung zu bringen („Cobienna Gazeta Handlowa“ Nr. 24, 28./29. 1. 1934; Nr. 34, 11. 2. 1934), um das französische Kapital zum Einleihen zu bewegen. Jetzt weiß die polnische Presse zu melden, daß endlich die Auflegung der 2. Rate zum Frühjahr vorbereitet wird, allerdings sei es noch unentschieden, ob diese Obligationen dem französischen Publikum (bei dem polnische Werte offenbar unbeliebt geworden sind, „Kattowitzer Zeitung“ Nr. 27, 3. 2. 1934) angeboten oder von den der polnisch-französischen Betriebsgesellschaft nachstehenden Instituten (Schneider-Creuzot, Banque des Pays du Nord) übernommen werden.

[„Codienna Gazeta Handlowa“ Nr. 41, 20. 2. 1934.]

Die Rolle des Auslandskapitals in Polen.

Im dem Prozeß der polnischen Nimmerbeltsaktionäre der Zyrardower Manufakturen A.G. gegen die Verhaftung dieses Unternehmens hat das Warschauer Handelsgericht am 8. 3. 1934 eine einstweilige Verfügung auf Beschlagnahme des ganzen Vermögens der Gesellschaft zur Sicherstellung der Kläger erlassen, mit der Begründung, daß die

in der Verwaltung stehenden Franzosen in der Handelsgeschichte noch nie dazugewene Rechtsboden angewandt hätten und das Verbrechen der Verwaltung in ihren Händen zu nicht widergutzumachenden Verlusten der Gesellschaft führen könne.

Das Gericht hat u. a. festgestellt, daß die Verwaltung von Zyrardów sich für Rechnung ihres französischen Unternehmens fiktive Schuldverpflichtungen jahrelang ohne Genehmigung der Generalversammlung mit 20 % jährlich hat verzinsen lassen.

Die polnische Presse hat diese Gelegenheit benutzt, um grundsätzlich die Rolle des Auslandskapitals in der polnischen Wirtschaft neu zu untersuchen, d. h. vor allem dieses Kapital vor spekulativer Eiteligkeit zu warnen („Codienna Gazeta Handlowa“ Nr. 60, 14. 3. 1934; „Inflationskurve Cobienną“ Nr. 74, 15. 3. 1934.) Mit aller Deutlichkeit erklärte hierzu das maßgebende Organ der Regierung („Gazeta Polska“):

„... Erwerbsmöglichkeiten bestehen in Polen nur ... für Kapitalisten ... die nicht Spekulation treiben, sondern Güter produzieren und absetzen wollen. Allen Kapitalisten aber ... die der Ansicht sind, daß Verbedingung für die Rentabilität ihrer Unternehmungen Steuermachenschaften oder Betrügereien mit fiktiven Schulden u. ä. sein müssen, sagt das Urteil in der Zyrardów-Affäre deutlich: „Geht zu allen Teufeln!“ Mögen sie bei sich zu Hause bleiben und dort ihre „Stavisky“- „Insul“- oder „Barmat“-geschäfte machen. Wir erklären offen: Wir wollen kein ausländisches Spekulationskapital. Mehr noch — dem Kapital, das schon hier ist und seine Arbeitsmethoden nicht zu ändern versteht, nicht einsehen will, daß es in einem zivilisierten, gut regierten Lande lebt, sondern immer noch ungehindert zu schachern versucht wie in den Kolonien oder — bei sich zu Hause, diesem Kapital sagen wir ganz offen, daß wir ihm die Knochen brechen werden. Denn wir werden keine Methoden dulden, die in das „vom Strafrecht normierte“ Gebiet übergreifen, werden nicht dulden, daß Bergwerke und Hütten als Werkzeug politischen Kampfes benutzt werden, werden uns nicht durch Betrügereien oder politische Erpressungen betragen lassen. Es geht uns nichts an, wenn die Freunde oder Kreaturen des Herrn Bouscass die guten Beziehungen zwischen Polen und Frankreich zu trüben versuchen, indem sie falsche Kommentare zu Polens Maßnahmen auf dem Gebiet der — Außenpolitik liefern; ebenfalls nicht, wenn analoge Erscheinungen in anderen Ländern auftreten. Wir erachten die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage für günstig, um in den bisher recht versumpten Beziehungen zwischen Polen und dem sogenannten Auslandskapital Ordnung zu schaffen, und wir werden diese Ordnung schaffen. Je früher das die „Kapitalisten“ einsehen, die immer noch der Ansicht sind, daß die bloße Tatsache der Erwerbstätigkeit in Polen ihnen ein Recht auf sehr merkwürdige Privilegien ... verleiht, umso besser für sie selbst ...“

Wir fassen zusammen: Wir sind der Ansicht, daß der Zuström produktiver Auslandskapitalien nach Polen erwünscht ist. Es findet in Polen Bedingungen vor, die in der Welt recht selten geworden sind: ... hohe Rentabilität, inneren und äußeren Frieden, Transferiertheit, Wohlwollen der Behörden. Wir halten für unerwünscht den Zuström spekulativer Kapitalien nach Polen. Dieses Kapital wird in Polen auf scharfe Gegenwehr und Sanktionen für jedes Vergehen stoßen ...“

[„Gazeta Polska“ Nr. 68, 9. 3. 1934.]